Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 15. Januar 2005 115. Jahrgang Nr. 31.493

Auf gute Nachbarschaft

Kirchner empfing Uruguays designierten Präsidenten Tabaré Vázquez

Buenos Aires (dpa/AT) - Argentinien und Uruguay wollen gemeinsam nach verschwundenen Opfern der Militärregierungen in beiden Ländern während der 70er Jahre suchen. Das vereinbarten Präsident Néstor Kirchner und der gewählte Präsident Uruguays, der linksgerichtete Tabaré Vázquez, am Donnerstag in Buenos Aires.

Bis heute ist das Schicksal von Argentiniern, die in Uruguay von den Militärs verschleppt wurden und von Uruguayern, die in Argentinien entführt wurden, ungeklärt. Viele Uruguayer hatten sich nach dem Militärputsch in ihrer Heimat 1973 in das benachbarte Argentinien geflüchtet, wo sie 1976 von den Militärs überrascht und verfolgt wurden.

"In Argentinien sind noch immer Uruguayer verschwunden, und wir als künftige Regierung Uruguays haben die Verpflichtung, ihr Schicksal aufzuklären", sagte Vázquez. Zugleich versprach der Wahlsieger auch das Schicksal der in Uruguay verschwundenen Opfer zu klären. Eine Aufhebung der umstrittenen Amnestie für die Täter schloss er jedoch vorerst aus.

In Uruguay herrschten die Militärs von 1973 bis 1984. Etwa 150 Menschen gelten seither als verschwunden. Die Vereinbarung zwischen den sich politisch sehr nahe stehenden Vázquez und Kirchner stellt einen Kurswechsel in der Politik beider Länder dar. Der bisherige konservative Präsident Uruguays, Jorge Batlle, hatte eine Zusammenarbeit bei der Suche nach Verschwundenen, wie im Falle der Schwiegertochter des Schriftstellers Juan Gelman, María Claudia Irureta Goyena, faktisch abgelehnt. Die damals 19-Jährige wurde 1976 gemeinsam mit ihrem Ehemann Marcelo Gelman in Argentinien entführt und anschließend nach Uruguay verschleppt.

Entsprechend des neuen Klimas zwischen den Nachbarländern dankte Vázquez seinem Kollegen für die Unterstützung bei der Präsidentenwahl im vergangenen Oktober. Er lud Kirchner für den 1. März nach Montevideo ein, wenn er offiziell das Amt übernehmen wird.

Im schwelenden Streit um die Verkaufspreise für Benzin zwischen dem uruguayischen Staatsunternehmen Ancap und Repsol YPF kamen die Politiker noch zu keinem klaren Ergebnis. Ancap muss für die Kraftstoffe den Marktpreis von 45 Dollar bezahlen. Der argentinische Staat verpflichtet das Unternehmen jedoch an etwa 200 Tankstellen im Land nur etwa 30 Dollar zu verlangen. Laut Vázquez entstünden dem Staat dadurch Verluste von etwa 2 Millionen Dollar pro Monat. Kirchner wies seinen Kabinettschef Alberto Fernández an, nach Lösungen zu suchen.

Der argentinische Präsident soll sich auch dafür einzusetzen, dass das Nachbarland zukünftig besser mit Erdgas aus Bolivien versorgt werde. "Uruguay hängt angesichts des stabilen Wirtschaftswachstums stark von diesen Energiequellen ab.", begründete Vázquez seine Besorgnis.

Kirchner bleibt populär

Buenos Aires (AT/JR) - Die Arbeit von Präsident Néstor Kirchner genießt nach wie vor die Unterstützung der Argentinier. Fast vier von fünf Befragten (79%) einer Umfrage, die die Meinungsforschungsinstitute Ipsos-Mora und Araujo im Auftrag der Regierung durchgeführt haben, zeigten sich mit Kirchners Amtsführung einverstanden.

Davon war jeder Fünfte (20%) "sehr zufrieden", über als die Hälfte (56%) gab an, "zufrieden" zu sein. Drei Prozent tendierten eher zur Zustimmung als zur Ablehnung. Ein schlechtes Zeugnis stellten dem Präsidenten 18 Prozent aus. Mit diesen Werten schlägt Kirchner seine eigene Regierungsmannschaft knapp. Fast drei von vier Umfrage-Teilnehmern (73%) erklärten sich mit der Arbeit der nationalen Regierung einverstanden, der Großteil (53%) stimmte "in weiten Teilen" zu.

In der Studie wurden 1500 Personen über 18 Jahren aus dem ganzen Land befragt, allerdings bereits Mitte Dezember. Experten vermuten, dass das Unglück in der Diskothek "República Cromagñón" dem Image des Präsidenten erheblich geschadet habe. Ergebnisse entsprechender Erhebungen liegen bislang allerdings nicht vor.

Die Meinungsforscher wollten ebenfalls die Erwartungen der Menschen im Hinblick auf das Jahr 2005 erfahren. 43 Prozent waren überzeugt, dass es mit dem Land bis zum Jahresende aufwärts geht, 38 Prozent meinten, die Situation werde sich nicht ändern und nur 16 Prozent sagten, die Lage werde sich verschlechtern. Im Vergleich zu ähnlichen Umfragen, die von der Jahresmitte 2004 datieren, blicken die Argentinier damit wieder optimistischer in die Zukunft.

Randglossen

Drei von vierzig Stimmen fehlten in der Legislative der Stadt Bue-nos Aires, damit Regierungschef Aníbal Ibarra vorgeladen wurde, um Auskunft über die Tragödie von República Cromañón zu geben. Ibarra entzog sich der sicherlich politisch unangenehmen Pflicht in einer Demokratie, den gewählten Vertretern Rede und Antwort zu stehen. Seine Parteigenossen und Alliierten zeigten Verständnis, dass Ibarra als politischer Drückeberger einer parlamentarischen Debatte entwischte, die in Wahldemokratien üblich ist. Seine Gegner konnten die vierzig von sechzig Stimmen im Stadtparlament nicht aufbringen, so dass die Initiative sang- und klanglos verpuffte. Die Verantwortung für die Tragödie übernahm der zuständige Sicherheitssekretär López, der umgehend demissionierte, nachdem die Kontrollen der Stadtbehörde kläglich versagt hatten. Das tragische Ergebnis schloss vorerst mit 191 Toten ab, darunter Babys und Kleinkinder, die in dem Nachtlokal sicherlich nichts zu suchen hatten.

Nachdem López durch den Duhal-de-hörigen Politiker Juan José Alvarez abgelöst worden war, bemühten sich die Inspekteure der Stadtverwaltung bei zahlreichen anderen Lokalen, die Kontrollen zu verschärfen. Mehrere Lokale, auch Restaurants, wurden vorsichtshalber geschlossen, ehe aktenkundig festgestellt werden konnte, ob die Vergehen und Unterlassungen die Strafen verbürgten. Zigtausend Jugendliche konnten sich in Buenos Aires und in Ferienorten vorübergehend nicht der Freude hingeben, nach Mitternacht tanzen zu gehen und die Morgensonne zu begrüssen. Raketen dürften künftig, zumindest einige Zeit lang, nicht mehr zur Entzückung tanzender und zuhörender Jugendlicher hochgehen, als ob mit diesem eigenartigen Ritual die Freude an Konzerten und zur Gewalt aufreizender Rockmusik gesteigert wird. In wenigen Tagen wird alles wieder wie vor Cromañón ablaufen, wiewohl sich Ibarra und Alvarez in der Stadt Buenos Aires sicherlich bemühen werden, dass echte Kontrollen neue Tragödien verhindern. Hoffentlich.

Sicher in der Zukunft

Konsequenzen aus dem Disko-Brand in Once

Buenos Aires (AT/JR) - Fehlende Feuerlöscher, schlecht signalisierte Fluchtwege, ein mangelhafter Notfallplan oder zu enge Fluchttüren. Aus diesen Gründen haben die Sicherheitsinspektoren der Bundeshauptstadt in der vergangenen Woche mehrere Restaurants, Kinosäle und Spielhallen geschlossen, unter anderem in Einkaufszentren in den Stadtteilen Recoleta und Liniers.

Am Montag begann der Inspektionsmarathon, den der neue Sicherheits- und Justizsekretär der Stadt Juan José Alvarez als Konsequenz aus dem Unglück in der Diskothek "República Cromagñón" in die Wege geleitet hat. Der Nachfolger des zurückgetreteten Juan Carlos Lopéz will alle Diskotheken im Stadtgebiet bis spätestens 18. Januar auf die Einhaltung der Sicherheitsvorgaben überprüfen lassen. An diesem Tag endet das Dekret, durch das sämtliche Diskotheken der Stadt geschlossen wurden. Auch andere öffentliche Gebäude, wie Schulen, Altersheime, Tankstellen, Hotels und Sporteinrichtungen werden geprüft.

Zuvor hatte Alvarez als erste Maßnahme die Rücktritte aller 27 bisherigen Sicherheitsinspekteure entgegengenommen. Nach der Überprüfung der Einzelfälle werde das Sekretariat über die Wiedereinstellung oder eine Neubesetzung entscheiden.

Der Chef der Stadtregierung Aníbal Ibarra, muss sich derweil nicht einer offiziellen Befragung durch das Stadtparlament stellen. Ein entsprechender Antrag der Opposition scheiterte um drei Stimmen an der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit. Im mittlerweile fünften Protest- und Trauermarsch nach der Tragödie, an dem am Donnerstag etwa 3000 Personen teilnahmen, wurde erneut der Rücktritt Ibarras gefordert. Es war die erste Kundgebung ohne Zusammenstöße mit der Polizei.

Die Wut der Demonstrierenden richtet sich außerdem gegen den Mitbesitzer der "República Cromagñón" Omar Chabán. Der Staatsanwalt der Bundeshauptstadt, Juan Manuel Sansone, kündigte am Mittwoch an, gegen Diskotheken-Betreiber ein Verfahren wegen Todschlags und Körperverletzung mit Todesfolge einzuleiten. Das Strafgesetz sieht dafür Haftstrafen bis zu 25 Jahren vor. Chabán sei als Verantwortlicher vor Ort seiner Pflicht nicht nachgekommen, für die Sicherheit der Anwesenden zu sorgen, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Als 190. Opfer verstarb am Donnerstag die 21 Jahre alte Freundin des Sängers der Unglücksband "Callejeros". Etwa 180 Menschen werden derzeit noch in Krankenhäusern behandelt, knapp 60 davon auf den Intensivstationen.

Weniger Verbrechen in der Provinz

Sicherheitsminister Arslanián stellte Verbrechens-Bilanz 2004 vor

Buenos Aires (AT/JR) – Die Provinz Buenos Aires ist wieder sicherer geworden, zumindest nach der Statistik des regionalen Sicherheitsministeriums. Am Montag stellte der zuständige Minister León Arslanián die so genannte "Verbrechenslandkarte 2004" vor, wonach registrierte Verbrechen im Vergleich zum Vorjahr um 11,15 Prozent zurückgegangen seien. "Die Bilanz ist zufriedenstellend", sagte Arslanián.

Er verwies besonders auf die geringere Zahl der Entführungen. Im Jahre 2003 hatten 32 Fälle vorgelegen, 2004 nur noch 18. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 46 Prozent. Allerdings enthält diese Statistik keine "Express-Entführungen", bei denen die Opfer nur wenige Stunden festgehalten werden. Die Zahl dieser Entführungen habe von 265 im Jahre 2003 auf 142 abgenommen. 274 mutmaßliche Beteiligte wurden in den vergangenen zwölf Monaten verhaftet.

Arslanián hob die Verbrechensrate in Mar del Plata hervor, die um 34 Prozent vom Dezember 2004 im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat gefallen ist. In absoluten Zahlen entspricht das einem Rückgang um 277 Straftaten.

Der Minister stellte ferner eine erhöhte Bereitschaft in der Gesellschaft fest, Verbrechen zur Anzeige zu bringen: "Laut unserer Statistik ereigneten sich in einigen Regionen mehr Vorfälle als im Jahr zuvor. Das führen wir darauf zurück, dass mehr Menschen den Mut aufgebracht haben, zur Polizei zu gehen." Dies zeuge von einem erhöhten Vertrauen in die Behörden.

Einen Trend nach unten zeigte sich in der Provinz bei leichtem und schwerem Raub (minus 10,5 Prozent) und Autodiebstählen (minus 36,8 Prozent). Die so genannte "Autobahn-Piraterie" - Überfälle auf Lastwagen, bei denen die Fracht gestohlen wird - ging gar um mehr als die Hälfte zurück (51 Prozent). Außerdem wurden etwa 35,3 Prozent weniger Viehdiebstähle angezeigt.

Der Minister räumte ein, dass in die Statistiken nur die gemeldeten Delikte eingingen, in der Regel müsse man von einer höheren Dunkelziffer ausgehen. Dennoch verzeichnete die einzige Sparte, in der jedes Verbrechen zur Anzeige käme, Totschlag und Mord, ebenfalls einen Rückgang um 28,5 Prozent.

Der Gouverneur der Provinz Bue-nos Aires, Felipe Solá, erklärte, die Ergebnisse aus der "Verbrechenslandkarte" würden analysiert, aus den Erkenntnissen wolle man weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage ableiten. Trotz der weitgehend positiven Entwicklung, stellte Solá klar, sei das bedrückende Gefühl der Unsicherheit unter den Bürgern nach wie vor allgegenwärtig.

Zumal laut einer Statistik der Tageszeitung "Clarín" im vergangenen Jahr 18 Polizisten im Dienst ums Leben kamen. Seit 1999 seien damit insgesamt 342 Sicherheitskräfte Opfer von Verbrechern geworden. 2002 starben noch 90 Beamte, 2003 waren es "nur" noch 62.

WOCHENÜBERSICHT

Prozess gegen Militär

Zum ersten Mal hat am Freitag in Spanien ein Prozess wegen Menschenrechtsverbrechen während der Militärregierung begonnen. Angeklagt vor dem Nationalen Gerichtshof in Madrid ist der ehemalige Marine-Offizier Adolfo Scilingo, dem Völkermord, Terrorismus und Folter zur Last gelegt werden. Der heute 58-Jährige hatte sich 1997 den spanischen Behörden gestellt und seine Teilnahme an den so genannten Todesflügen zugegeben. Aus Protest gegen das Verfahren befindet sich der Ex-Korvettenkapitän seit einem Monat im Hungerstreik. Die Anklage fordert 6600 Jahre Haft. (dpa)

Lösung in Sicht?

"Schon bald wird sich Israel in Sicherheit befinden - und Palästina in Freiheit." Das sagte Außenminister Rafael Bielsa nach einem Treffen mit dem neuen palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas am Sonntag. Bielsa zeigte sich zuversichtlich, dass noch in diesem Jahr eine Lösung für den Konflikt im mittleren Osten gefunden werde. Im Anschluss besuchte der Außenminister das Grab des im November verstorbenen Jassir Arafat, ehe er sich mit Israels Staatspräsident Moshe Katzav zu einer kurzen Unterredung traf.

Tote nach Sturm

Ein Unwetter im Nordwesten hat am Montag sechs Todesopfer gefordert. Drei Menschen starben in der Provinz Tucumán, die am schlimmsten von dem Sturm betroffen war. Laut dem Nationalen Wetterdienst (SMN) wurden 1046 Menschen evakuiert, in San Miguel de Tucumán fiel für mehrere Stunden der Strom aus. Wie der SMN weiter meldete, richtete das Unwetter schwere Schäden in den Provinzen San Juan, Córdoba, Catamarca und Jujuy an. In Chaco starben zwei Jugendliche nach einem Blitzeinschlag.

Haftzentrum entdeckt

In Posadas wurde ein geheimes Haftzentrum entdeckt, das zur Zeit der Militärregierung in den Jahren 1977 und 1978 genutzt wurde. Dies bestätigte der Bundesrichter aus Posadas, Ramón Claudio Chavez, am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur Télam. Der Richter sagte, er werde Archäologen beauftragen, nach Überresten Verschwundener zu suchen.

Knapper Sieger

Die internen Wahlen der Justizialistischen Partei in der Provinz Santiago del Estero hat José Figue-roa gewonnen. Der Favorit von Präsident Néstor Kirchner setzte sich am Sonntag mit 40,6 Prozent vor dem nationalen Abgeordneten der Provinz José María Cantos (36,5%) durch. Figueroa wird am 27. Februar gegen Gerardo Zamora (UCR) um das Amt des Gouverneurs antreten.

Geschenk für Molina

Die Ärztin Hilda Molina wird an ihrem Geburtstag am 2. Mai ihre Enkelkinder kennenlernen - allerdings nicht in Argentinien, sondern in Kuba. Die Tochter der kubanischen Dissidentin kündigte am Dienstag an, ihre Mutter in Havanna zusammen mit den drei und neun Jahre alten Kindern zu besuchen. Molinas Sohn, Roberto Quiñones, wird dagegen in Argentinien bleiben. Er fürchtet den Inselstaat, wo er als Gesetzesbrecher gilt, nicht mehr verlassen zu können.

Rechtsbeistand

Die ersten "Rechtshäuser" (Casas de Justicia) haben am letzten Wochenende ihre Türen geöffnet. In General Pico (Provinz La Pampa) und in Guaymallén (Mendoza) bieten die Einrichtungen den Bürgern Rechtsbeistand, Vermittlung und Beratung in sozialen Angelegenheiten an. Bis März werden weitere Rechtshäuser in Moreno (Buenos Aires), Cipolletti (Río Negro) und Tafí Viejo (Tucumán) eingerichtet. Die Institution ist Bestandteil der Justizreform, die unter anderem von der nationalen Regierung in die Wege geleitet wurde. Das Angebot basiert auf Studien über die Rechtsbedürfnisse der Bevölkerung in den Provinzen.

Bauernopfer

Die Querelen in der Justizialistischen Partei (PJ) haben ein erstes Personalopfer gefordert. Am vergangenen Samstag trat Gastón Guarracino, Berater des Gouverneurs Felipe Solá, von seinem Amt zurück. Guarracino wird dem Lager des Ex-Präsidenten Eduardo Duhalde zugerechnet. Duhalde selbst erklärte, er wolle den Konflikt nicht weiter strapazieren, um die Regierungsfähigkeit der Provinzregierung zu gewährleisten. Er kündigte erneut parteiinterne Wahlen noch vor Juli diesen Jahres an.

Meer der Bücher

Urlauber sollen sich entspannen, dabei aber auch viel lesen. Nach diesem Grundsatz hat das nationale Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technik Leseräume in den Badeorten Mar del Plata und Pinamar eingeweiht. In Strandnähe stehen mehr als 2000 Bücher bereit, die verschiedene Verlage gespendet hatten.

(AT/JR)

Expandierende Hochschulen

Kurz vor Jahresende veröffentlichte das Erziehungsministerium das Jahrbuch über die Erziehung mit umfassenden Daten über die Schü-ler bzw. Studenten, Professoren, Laufbahnen und Universitätsangebote, bezogen auf 2003. Das vorherige Jahrbuch bezog sich auf 1998, so dass nun die Erziehungszahlen des Jahrfünfts 1999-2003 bekannt sind. Eigentlich sollte diese Datensammlung alljährlich veröffentlicht werden, was in den letzten vier Jahren unterlassen wurde, ohne dass hierfür eine überzeugende Erklärung gegeben worden wäre. Die Statistik ist bekanntlich ein wesentliches Hilfsmittel für die Ausarbeitung konkreter politischer Initiativen, wie sie vor allem in Sachen Erziehung in Argentinien dringend vonnöten sind.

Gegenwärtig gibt es 100 Universitäten bzw. Hochschulen in Argentinien, die staatliche (Nation und Gliedstaaten), private, ausländische und Sonderinstitute umfassen. Die Zahl der Studenten vermehrte sich in den fünf Jahren (1999-2003) von 1.243.368 auf 1.493.556. Gegenwärtig dürften mehr als 1,5 Millionen Studenten alle Hochschulen in Argentinien bevölkern. Die Zunahme, 4,8 Prozent in staatlichen und 4,0 Prozent in privaten Hochschulen, ging einher mit dem Bevölkerungswachstum, das sich deutlich verlangsamt hat.

Ein Universitäts- bzw. Hochschulstudium reizt die Abiturienten nach wie vor. Sie wissen, dass sie nach dem Abschluss im Kampf um Arbeitsplätze bessere Chancen haben als Konkurrenten ohne Hochschulabschluss und zudem höhere Löhne erwarten können. Indessen stellt sich rund die Hälfte der Neueingänge der Hochschulen das Studium anders vor, als sie offenbar erwartet hatten, da sie bereits im ersten Jahr aufgeben, insbesondere in staatlichen Institutionen, für die keine Gebühren zu zahlen sind. Der Staat vergeudet somit gewaltige Aufwände in Gestalt von Aulas, Verwaltungspersonal und Lehrkräften, während die Studenten, die gelegentlich abschliessen, am Studium behindert werden, wenn andere Studenten nicht mitmachen, herumlungern und sich dem echten Studium entziehen. Dieses Problem schiebt die argentinische Erziehungspolitik vor sich hin.

Die Neueingänge in staatlichen Universitäten haben 2003 von 308.000 auf 305.000 leicht abgenommen. In privaten Instituten nehmen sie seit fünf Jahren von Jahr zu Jahr leicht von 58.000 auf 63.000 zu. Hingegen stieg die Zahl der Akademiker mit abgeschlossenem Universitätsstudium in den staatlichen Hochschulen von 36.000 (1999) auf 56.000 (2003) und in den privaten von 13.000 auf 18.000.

Eigenartigerweise studieren mehr Frauen (55%) als Männer. Männliche Studenten bevorzugen naturwissenschaftliche und technische Laufbahnen wie Ingenieurswissenschaften, Biologie, Chemie und Physik, weibliche Studenten bevorzugen Biochemie. Die traditionellen Fakultäten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften verzeichnen neuerdings geringere Neueingänge, wogegen Sozialwissenschaften mehr gefragt sind.

Das Jahrbuch vermittelt freilich nur nackte Zahlen, ohne die Missstände des Hochschulstudiums anzuprangern. Darunter ragt der niedrige Etatposten, wiewohl er dauernd zunimmt, im nationalen Haushalt hervor. Das führt dazu, dass Professoren schlecht entlohnt werden, weshalb sie sich anderweitig um ihren Lebensunterhalt bemühen müssen. In der Universität von Buenos Aires, mit Abstand die grösste im Land, geht das soweit, dass rund 20.000 Professoren überhaupt keine Vergütung erhalten und unentgeltlich lehren. Diese Zustände halten keinen Vergleich mit Universitäten in anderen Ländern aus.

Gebühren dürfen in staatlichen Universitäten nicht erhoben werden, seit sie 1951 unter Präsident Perón abgeschafft wurden. Das Thema gilt als Tabu in der Erziehungspolitik. Einige Fakultäten verrichten Beratungsdienste und kassieren Honorare, mit denen sie dringliche Wartungen ihrer Gebäude finanzieren.

Zuviele Studenten, die nicht studieren, zu lange Ausbildung bis zum Abschluss, schlecht oder gar nicht bezahlte Professoren und unzulängliche Ausstattungen der Fakultäten sowie der Wartung ihrer Gebäude und Fazilitäten sind die Schwachstellen der argentinischen Universitäten, die immerhin die stattliche Zahl von 1,5 Millionen Studenten ausbilden, von denen allerdings nur ein Bruchteil das Studium abschliesst.

Segeln

Schon Gewohnheit

Mit ihrem Sieg bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Adelaide (Australien) haben Manuel Bologna (17) und María del Rosario Torre eine Erfolgsserie fortgesetzt. Zum vierten Mal hintereinander gewannen argentinische Nachwuchs-Segler den WM-Titel in der Bootsklasse „Cadet“, die 15-jährige Rosario zum zweiten Mal in Folge.

Fußball

Gelungener Auftakt

Dank einer starken zweiten Hälfte ist die U-20-Nationalmannschaft Argentiniens erfolgreich in die WM gestartet. Beim 3:0-Erfolg in Armenia (Kolumbien) vergab Gegner Venezuela gar einen Strafstoß, ehe Raúl González durch ein Eigentor, Lionel Messi und Pablo Barrientos ihren Trainer Hugo Tocalli aufatmen ließen.

Fußball

Aus Schwaben nach Liniers

Emanuel Centurión kehrt nach einem Jahr zu Vélez Sarsfield zurück. Beim VfB Stuttgart kam der 22-Jährige in der Bundesliga-Hinrunde nur neun Minuten zum Einsatz. Der Vizemeister der Apertura leiht den Mittelfeldspieler von den Schwaben bis zum Jahresende aus. (dpa/AT)

Lauer Sommer-Cup

Diego Simeone

Buenos Aires (AT/JR) - Independiente ist erfolglos in sein 100. Jahr gestolpert. Gegen Racing setzte es am vergangenen Samstag zum Auftakt des „Sommer-Cups“ in Mar del Plata eine 1:3-Pleite. Bei der Academia führte Rückkehrer Diego Simeone überzeugend Regie und bereitete den dritten Treffer vor. In der zweiten Begegnung des Turniers kamen die Roten gegen San Lorenzo beim 0:0 wenigstens zu einem Punkt. Aber die nur 4000 Zuschauer gähnten sich durch extrem langweilige 90 Minuten und erwachten erst zu Spielende, um sich bei den beiden Mannschaften mit einem Pfeifkonzert zu bedanken. Indpendiente-Torhüter Carlos Navarro Montoya versuchte den Auftritt zu erklären: „Man kann doch nicht erwarten, dass wir nach drei Tagen Training schon auf dem obersten Niveau spielen.“ Der Ciclón verpflichtet derweil Eduardo Coudet, ehemals River und Central, um die offensichtlichen Lücken im Mittelfeld zu schließen.

Heute abend um 22.10 Uhr kann sich Independiente erneut in Mendoza bei den Fans entschuldigen - in der Partie gegen River. Die Hoffnung von Trainer César Menotti ruhen auf dem ehemaligen Boca-Angreifer Franco Cangele. Die Millonarios haben auf die Stürmerflaute der Apertura reagiert und sich mit Federico Domínguez, zuletzt Santos Laguna (Mexiko) und Ernesto Farías, der aus Palermo nach Nuñez wechselte, verstärkt.

AUSFLÜGE UND REISEN

Per Fahrrad durch Argentiniens Landschaft

Ausländisches Radfahrerpärchen bei Cafayate (Salta).

Man sieht sie immer wieder, vor allem im Norden: vornehmlich Europäer, die paarweise oder im Rudel Land und Leute mit dem Fahrrad kennenlernen wollen.

Der Süden ist für diese Beförderungsart weniger geeignet, weil die Distanzen gewaltig, die Straßenbeläge meist Schotter und die Winde so heftig sind, dass man sich die Seele aus dem Leibe strampelt, um voranzukommen.

Die Ausländer bringen ihre meist sehr modernen, leichten, mit vielen Gängen ausgerüsteten Räder im Flugzeug mit - das kostet zwar etwas mehr, erspart aber den Reisenden die teuren Omnibuspassagen am Bestimmungsort. Natürlich sind die so komplett ausgerüsteten Velos auch sehr schwer - vor allem, weil die Weltenbummler die gesamte Campingausrüstung mitschleppen müssen.

Wenn zwei Radler eine Tour fahren, verständigen sie sich häufig per Funk, wobei das Mikrofon am Helm angebracht ist und die Kopfhörer innen.

Die meisten Radfahrer, mit denen man sich unterwegs unterhält, sind begeistert von der Landschaft, vor allem im Nordwesten. Sie kommen mit Kartenmaterial gut ausgerüstet an, sind aber dann vor allem überrascht, dass es so krasse Höhenunterschiede zu bewältigen gibt - immerhin ist Argentiniens höchster Anden-Pass, der Abra del Acay, mit knapp 5000 Meter um etliches höher als Europas höchster Berg, der Mont Blanc (4818 Meter).

Wer seinen Drahtesel nicht mitbringt, kann in vielen Orten ein Rad mieten und tagelang nach Herzenslust in der Gegend herumstrampeln. Sogar mehr: Im Parque Nacional Talampaya (La Rioja) und im P.N. Los Palmares (Entre Ríos) erhält man innerhalb des Parkgeländes Geländefahrräder (Mountain Bikes) kostenlos ausgeliehen.

Nicht zu vergessen, dass auch immer mehr Argentinier das Rad neu entdecken.

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 2,96. Die Terminkurse betrugen zum 31.1. $ 2,950, 28.2. $ 2,960, 31.3. $ 2,970, 29.4. $ 2,980, 31.5. $ 2,990 und 30.6. $ 3,000.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,3% auf 1.347,29, der Burcapindex um 1,1% auf 3.003,60 und **der Börsenindex um 2,1% auf 55.428,84.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers), stieg in der Berichtswoche um 0,3% auf $ 1,9211.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 10.1.05 U$S 19,73 Mrd., der Banknotenumlauf $ 37,32 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 19,65 Mrd. bzw. $ 37,66 Mrd., einen Monat zuvor U$S 19,13 Mrd. bzw. $ 35,22 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 14,44 Mrd. bzw. $ 29,84 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 11.1.05 116,9%.

***

Die Ausfuhren verarbeiteter Fischereiprodukte konnten 04 gegenüber dem Vorjahr um 27,2% auf U$S 290 Mio. erhöht werden. Ausser mehr Fischkonserven wurden auch zunehmend panierte Fischfilets, vorgeschnittene Tintenfischarme und gekochte Fischspeisen ins Ausland geliefert. Die Reinen Fisch- und Seetierausfuhren gingen um 22,7% zurück, vorwiegend durch die geringere Verfügbarkeit von Tintenfischen und Krebsen.

***

04 brachten die Weinausfuhren 70% aller Ausfuhren des Bereiches Getränke, alkoholische Getränke und Essig, ein. Bis November nahmen die Ausfuhren, dank grösserer Mengen und höherer Preise des zunehmenden Anteils von Qualitätsweinen, im Vorjahresvergleich um 26,3% zu. Die Ausfuhren von Bier, alkoholfreien Getränken und Mineralwasser blieben weiter gering. Dem Senasa Amt zufolge wurde bis einschliesslich Oktober in die EU und USA Wein für U$S 188 Mio. geliefert.

***

Die Ausfuhren von rohem und verarbeitetem Kupfer erreichten in den ersten 11 Monaten 04 U$S 558 Mio. Das waren um 32,2% mehr als vor einem Jahr, besonders durch den Kupferpreis, der seinen höchsten Stand in 15 Jahren erreicht hat. Alleine bis September 04 hatte er gegenüber 03 um 55,5% zugenommen. Dem Bergbausekretariat zufolge, erhielt der Bereich im vergangenen Jahr Investitionen von U$S 600 Mio., was eine Produktionszunahme von 12% und Gesamtausfuhren für U$S 1,29 Mrd. zur Folge hatte.

***

Die Inflation ist ein manchmal unberechenbares Tier, erklärte Wirtschaftsminister Lavagna über

die Gefahr von Preiszunahmen. Sein Ministerium werde im Parlament eine neue Konkurrenzschutzvorlage für Unternehmensfusionen oder -verkäufe einbringen. Sie folge den Richtlinien der EU.

***

In den ersten 11 Monaten 04 wurden 236.348 t Molkereiprodukte für U$S 470,2 Mio. ausgeführt. Wie das Senasa Amt weiter erklärte, war die Zunahme durch die Erholung der Milchwirtschaft möglich gewesen, die der Industrie um 20% mehr Milch liefern konnte. Hauptausfuhrprodukt waren 176.7760 t Trockenmilch für U$S 358,3 Mio., Hauptabnehmer Algier mit 49.348 t, vor Venezuela 38.652 t, Brasilien 16.448 t, Mexiko 14.559 t und Irak 6.212 t.

***

Die ZB hat die Verringerung der Pflichtreserven und die Erhöhung der Zinssätze für Swaps angeordnet. Die Pflichtreserven wurden um 2% für Sichteinlagen und Restbeträge auf weniger als 30 Tage verringert und um 1% für Fristen ab 30 Tagen. Bei den Girokonten bedeutet das 16% statt 18% Pflichtreserven, was rd. $ 1,7 Mrd. freimacht. Die Zinssatzerhöhung beträgt 25 Basispunkte, sowohl für aktive Swaps, wenn die ZB Mittel in Umlauf bringt, als auch für passive, wenn sie Mittel aufnimmt. D.h. im ersten Fall steigen sie von 3% auf 3,25%, im 2. von 2,5% auf 2,75%. Wenn das Endergebnis auch davon abhängt, wie die Banken die freiwerdenden Mittel einsetzen, rechnet die ZB, dass 60%-70% im Swapmarkt von derzeit rd. $ 5 Mrd. enden werden.

***

Der Entlohnungsindex nahm 04 um 9,4% zu, die Preise um 6,1%. Obwohl das eine Verbesserung der Arbeitnehmer bedeute, sei sie ungenügend, um die Armuts- und Elendsindizes wesentlich zu verbessern. Nach der Mitteilung des Statistikamtes, stieg der Warenkorb, den die typische Familie benötigt, um sich über der Armutsgrenze zu befinden, im Dezember um 0,6% auf $ 734. Diese 4köpfige Familie benötigt $ 334 im Monat, um sich über der Elendsgrenze zu befinden.

***

Das Statistikamt Indec hat folgende Umsatzsteigerungen vom 3. Quartal 03 zum 3. Quartal 04 bekannt gegeben: Computer und ihr Zubehör 89,8%, Fernsehempfänger, Bildbandmaschinen, DVDs und Filmapparate 87,9%, Audiogeräte, Walkmen und Rundfunkempfänger 85,8%, Waschmaschinen, Wäschetrockner und Geschirrspülgeräte 45,2%, Klimaanlagen 44,2%, Kühlschränke und Tiefkühltruhen, 42,0% und Küchenherde, Backöfen, Durchlauferhitzer und Heisswasserspeicher 36,2%.

***

Die argentinische American Plast, die Kunststoff-Lebensmittelverpackungen für $ 70 Mio. im Jahr liefert, gab an der Börse bekannt, dass die brasilianische Dixie Toga, die sie kontrolliert, von Bemis Company, USA, übernommen wurde, die jetzt 63,73% von ihr besitzt. American Plast beliefert Unternehmen wie La Serenísima, Danone, Nestlé, Sancor, Arcor, McDonald's, Burger King, Coca Cola und Quilmes.

***

Die Banco de la Nación hat den Termin für Ansuchen um erweiterte Fristen für Fälligkeiten bis zum 28.2.05 verlängert. Die Massnahme begünstigt kleine Produktionsunternehmen mit Schulden von bis zu $ 200.000 die zum 30.12.01 höchstens 30 Monate alt waren und bis zum 30.6.04 nicht geregelt wurden.

***

Der Stromverbrauch hat im Dezember im Vorjahresvergleich um 9,9% auf 7.380 GWh zugenommen. Die grössten Zunahmen verzeichneten die Provinzen Santiago del Estero 29,5%, Jujuy 17,2% und Chaco 16,6%, wie die Fundelec Stiftung bekanntgab. Nach Landesgebieten betragen die Zunahmen im selben Vergleich, im Nordosten, Provinzen Formosa, Chaco und Corrientes, ohne Misiones, 15,17%, Cuyo, Provinzen Mendoza und San Juan, 12,5%, Nordwesten, Provinzen Tucumán, Salta, Jujuy, La Rioja, Catamarca und Santiago del Estero 10,67%, Mitte, Provinzen Córdoba und San Luis 9,64%, Provinz Buenos Aires ohne Gross Buenos Aires 8,6%, Comahue, Provinzen La Pampa, Rio Negro und Neuquén 3,7% und Gross Buenos Aires, Versorgungsgebiete der Stromverteiler Edenor, Edesur und Edelap, 9,21%.

***

Die durchschnittliche Jahresrendite der privaten AFJP Rentenkassen betrug im Dezember 10,69%, wie ihre Überwachungsbehörde SAFJP bekanntgab. Die geforderte Mindestrendite wurde amtlich mit 70% des Durchschnittes festgelegt. Keine der Renditen fiel unter diese Grenze. Am besten schnitt Nación mit 16,39% ab, vor Met 12,1%, Consolidar 11,77%, Previsol 11,19%, Arauca-Bit 10,97% und Máxima 10,83%. Von Beginn der privaten Rentenkassen bis Ende 04 betrugen die Renditen von Met 21,69%, Nación 15,91%, Consolidar 15,51%, Previsol 15,12%, Máxima 14,93%, ProRenta 14,84%, Siembra 14,63% und Consolidar 14,51%.

***

Im Arbeitsministerium wurden die Listen zur Unterstützung arbeitsloser Familienoberhäupter mit $ 150 im Monat bereinigt. Das ergab gegenüber Dezember die Streichung von weiteren 9.383 Empfängern, in den letzten 12 Monaten von 224.224, auf den derzeitigen Stand von 1.579.947. Von den Streichungen der letzten 12 Monate seien rd. 140.000 „Anpassungen", der Rest Arbeitsbeschaffungen.

***

Die US-Justiz hat die vorbeugende aussergerichtliche Einigung (APE) von Multicanal endgültig als rechtens anerkannt und den Konkursantrag des Hauff-Fonds abgelehnt. Konkursrichter Gropper, Süd New York, entschied, dass die APE dem Konkursschutz des Kapitels 11 der USA sehr ähnlich sei.

***

Die Nachfrage nach Baumaterial nimmt weiter zu. Im Dezember stieg sie im Vormonatsvergleich 5%, wie der Construya-Index der wichtigsten Bau-marteriallieferanten ergibt. Gegenüber Dezember 03 war sie um 14.3% grösser.

***

Die zinsfreien Ratenzahlungen mit Kreditkarten sind abgelaufen und die Zinsen für neue Käufe sind ausserdem teurer geworden. Visa und Mastercard teilten ihren Kunden mit, dass die Jahreszinssätze für 2 und 3 Raten von 6% auf 10% erhöht werden, von 4-6 Raten von 12% auf 15%, 7-12 Raten von 19% auf 23%, 13-18 Raten von 21% auf 24% und 19-24 Raten von 25% auf 27%. Die Fristen für die Ratenzahlungen an die Geschäfte wurden von 18 Arbeitstagen auf 48 Stunden verringert. Das neue Gesetz (Amtsblatt vom 5.1.05), das am 20.1.05 in Kraft tritt, verringert die Belastungen der Kartenaussteller für die Geschäfte von höchstens 5% auf höchstens 3%, verbietet Belastungsunterschiede für Betriebe, die ähnliche Waren oder Dienstleistungen anbieten. Es wird als harter Schlag für das Kreditkartengeschäft angesehen.

***

Das Defizit des Nationalstaates erreichte im Dezember den bisher absoluten Rekordbetrag von $ 2,5 Mrd. Ursache waren u.a. die frühzeitige Zahlung der Beamtengehälter und Renten und die Erhöhung um $ 100 der Beamtengehälter bis zu $ 1.250.

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Félix Tomás Bellucci, am 11.1.

Todesfälle

Alfred von Oppenheim, am 5.1.
Anny Weinstock geb. Katz, 89, am 13.1.

Immer mehr Klagen von geschädigten Bonds-Inhabern

Italienische Inhaber argentinischer Global 2008 Bonds, die Verbraucherschutzorganisation ADUC, hat in New York eine neue Gruppenklage gegen Argentinien eingereicht. Sollte ihr vom US-Richter stattgegeben werden, wird das Urteil für alle Global 2008 Bondsinhaber gültig. Die Vertretende Anwaltskanzlei Murray, Frank & Sailer, sowie die ADUC, erklärten das Vorhaben, entsprechende Klagen auch über alle anderen unter US-Hoheitsrecht ausgegebenen Bonds einzureichen.

Gegen Argentinien laufen bereits mehrere Prozesse. Den über den grösten Betrag, U$S 725 Mio., hat es gegen den Aasgeierfonds von Kenneth Dart bereits verloren. Darüber hinaus sind bei US-Gerichten auch mehrere Gruppenklagen gegen Argentinien in Gang. Die am meisten fortgeschrittene des Deutschen Horst Urban, die auch vom Global-Gläubigerkomitee unterstützt wird, erreichte, dass der US-Richter Thomas Griesa die argentinische Wirtschaftsführung zwang, in ihren Umschundungsprospekt mehrere Seiten mit Erklärungen über die Rechte der Gläubiger und ein Internet-Link einzuschliessen, das die vollkommen negative Bewertung des argentinischen Umschuldungsvorschlages durch das Globalkomitee enthält.

Ausser den Klagen in den USA wurden in Italien bisher 6 Klagen für insgesamt E 60 Mio. und in Deutschland etwa zehn Einzelklagen über insgesamt E 57,5 Mio. eingereicht.

Frührentengesetz für zwei Jahre

Die Regierung hat das Frührentengesetz Nr. 25.994 verkündet. Durch zwei Jahre, die um weitere zwei Jahre verlängert werden können, ermöglicht es, über 55 Jahre alten Frauen und über 60 Jahre alten Männern, die durch 30 Jahre und mehr die Pflichtbeiträge an Rentenkasssen geleistet haben, jedoch das Rentenalter von 60 Jahren bei Frauen und 65 Jahren bei Männern noch nicht erreicht haben, wenn sie arbeitslos geworden sind, die Hälfte der Rente zu erhalten. Bei Erreichung des Rentenalters erhalten sie den ganzen Betrag. Als Minimum für die Frührente wurden $ 308 im Monat festgelegt, wenn die Hälfte der zu erwartenden Rente einen geringeren Betrag ergibt.

Der Empfänger einer Frührente darf weder im Abhängikeitsverhältnis noch selbstständig arbeiten, noch Sozialhilfen beziehen, noch irgend ein anderes Einkommen vom Staat, einer Provinz oder Gemeinde erhalten. Es steht ihm nicht frei, das für ihn günstigere Einkommen zu wählen. Ist ihm die Frührente zugestanden, erhält er sie auch nach Ablaufen des Gesetzes weiter, bis zur Erreichung des vorgeschriebenen Rentenalters. Es wird geschätzt, dass etwa 30.000 Menschen von diesem Gesetz begünstigt werden.

Desgleichen die Verschiebung der Gewinnsteuerfälligkeit, die um $ 1,1 Mrd. geringere Einnahmen bedeutete, und die Zulage von $ 200 für Rentner und Sozialhilfeempfänger. Nach vorläufigen Angaben wird 04 mit einem Primärüberschuss von $ 17 Mrd. abschliessen, um $ 7 Mrd. mehr als dem IWF gegenüber verpflichtet wurden. Vom BIP werde der Überschuss 3,5% betragen, zu dem die konsolidierten 2% der Provinzen kommen.

***

Mit dem Kaufabschluss von Movicom Bellsouth, die die argentinische Bell Southfiliale einschliesst, durch Telefónica Móviles, wurde die Grossübernahme aller Aktiven des US-Konzerns in Lateinamerika durch die spanische Firma abgeschlossen. Telefónica zahlte U$S 988 Mio. für Movicom Argentina, was ihre Gesamtzahlung für BellSouth in Lateinamerika auf U$S 5,85 Mrd. brachte.

***

Die Kammer der Exporteure (CERA) hat die Abschaffung des allgemeinen Zollamtbeschlusses gefordert, mit dem die zulässigen Höchstausfuhren über die Post von U$S 3.000 auf U$S 1.000 verrigert wurden. Die Kammer fordert, dass die Höchstgrenze jener Brasliens angepasst werde, die U$S 10.000 beträgt, was die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittelständischen Exporteure (Pymes) wesentlich erhöht habe. Deshalb habe die Post Brasiliens auch den Exportpreis 04 erhalten. Die Verordnung schaffe eine exportschädigende Asymetrie. In Mexiko betrage die Obergrenze U$S 25.000, in Portugal U$S 28.637 und in Spanien U$S 50.000. Die Anpassung sei dringend, besonders für Exporteure mit just-in-time Ersatzteil-Lieferungsver-pfllichtungen.

***

02 hatte Toyota in Argentinien Investitionen von U$S 200 Mio. angekündigt, um ein neues Kfz zu entwickeln, das Mitte 05 vom Band laufen sollte. Wie bekannt wurde, soll die Fertigung 06 auf 70.000 Einheiten im Jahr verdreifacht werden. Dazu wird im Werk in Zárate, mit mindestens U$S 20 Mio. weiterer Inverstitionen, eine neue Stanzanlage errichtet.

***

Mittels Gesetz Nr. 25.995 soll die Pensionierung ehemaliger Hipasam-Mitarbeiter erleichtert werden. Ehemalige Bergarbeiter des 1991 stillgelegten Eisenerz-Bergwerkes in Sierra Grande, die über 45 Jahre alt sind, durch mindestens 20 Jahre Rentenkassenbeiträsge geleistet haben und im Umkreias von 200 km von Sierra Grande leben, sowie Arbeitsinvaliden, soll die Pensionierung ermöglicht werden. Das Erzbergwerk war die Haupteinnahmequelle der Stadt.

***

Der Verkauf von Loma Negra, der grössten Zementfabrik des Landes, befindet sich in Wartestellung. Die Inhaberin, Amalia de Fortabat, hat die Forderung von U$S 1 Mrd. auf U$S 1,2 Mrd. erhöht, was dem einzigen Interessenten, der brasilianischen Camargo Correa, übermässig erscheint.

***

Die Banco Itaú Buen Ayre hat eine Wertschriftenmarkt-Aktie (Merval) für $ 1,9 Mrd. erworben. Damit kann sie ab März 05 sellbstständig an der Börse tätig sein. Die Bank gehört der brasilianischen Banco Itaú SA, der 2.grössten Privatbank Lateinamerikas. 1998 hatte sie 100% der argentinischen Banco del Buen Ayre für U$S 373,5 Mio. gekauft. Die Banco Itaú SA besitzt in Brasilien rd. 2.500 Filialen, über 10.200 automatische Kassenschalter, und damit das grösste Finanz-Selbstbedienungsgeschäft Lateinamerikas..

***

Patagonia Flooring stellt Fussböden und halbfertiges Verschalungsmaterial aus besonderen Hölzern her. Nach eigenen Angaben erreicht sie durch Sonderbehandlungen, dass das Holz eine grössere Reibfestigkeit als Stahl erhält. 04 hat sie ihre Produktion verdreifacht und exportiert heute 90% davon für U$S 750.000 im Monat. Sie hat 04 auch den ersten Preis von Exportar erhalten. Hauptabnehmer sind USA, Australien, Südafrika, Marokko, Griechenland, Spanien, Italien und die Karibik.

***

Durch Gesetz 25.005 (Amtsblatt vom 12.01.05) wurde die juristische Form der „Kooperationskonsortien“ geschaffen. Physische oder juristische Personen können sich vertraglich in einem derartigen Konsortium zusammentun, um bestimmte wirtschaftliche Tätigkeiten auszuüben. Diese Konsortien sind keine juristischen Personen, noch Gesellschaften, noch können sie rechtliche Verpflichtungen eingehen. Es handelt sich nur um eine Zusammenarbeit, bei der jedes Mitglied seine Individualität behält, wobei der Gewinn gemäss Vertrag aufgeteilt wird. Die Verträge müssen bei der Justizinspektion eingetragen werden. Vorerst lässt sich der Sinn dieser Konsortien nicht erkennen, da sie faktisch ohnehin gebildet werden können, ohne dieses Gesetztes zu bedürfen.

***

Die ZB berichtet, dass der Index des multilateralen Wechselkurses (gegenüber einem Währungskorb, bestehend aus Dollar, Euro, Pfund Sterling, Yen, koreanische Währung, brasilianischer Real, chilenischer Peso u.a.) im Dezember um 2,1% abgenommen hat, so dass der Peso um diesem Prozensatz abgewertet wurde. Im ganzen Jahr 04 betrug die so berechnete Pesoabwertung 4,6%.

***

Die ZB hat am Dienstag Lebac-Wechsel für $ 752 Mio. untergebracht, bei Kaufangeboten für $ 857 Mio. und Verfall bestehender Wechsel für $ 752 Mio. Für 31 Tage wurde der Zinssatz um 0,17 Punkte auf 3,01% jährlich angehoben, für 91 Tage um 0,14 Punkte auf 3,68%, auf 196 Tage um 0.01 Punkte auf 5,39% gesenkt, auf 392 Tage um 0,11 Punkte auf 6,15% gesenkt. Die längerfristigen Wechsel wurden nicht ausgegeben. Bei Lebac mit CER-Indexierung auf 392 Tage wurde 0,102% über CER gezahlt, 0,06 Punkte weniger als in der Vorwoche. Bei Lebac auf 749 Tage wurden 1,35% über CER gezahlt. Die Nobac-Wechsel auf 4 Jahre wurden dieses Mal nicht ausgegeben.

***

Das Unternehmen Aguas Argentinas, das die Wasserversorgung in der Bundeshaupstadt und Umgebung betreibt, wurde mit einer Busse von $ 2,01 Mio. bestraft, weil es in bestimmten Gegenden in den Tagen der hohen Temperaturen kein Wasser gab. Das ist nicht auf ein Verschulden des Unternehmens zurückzuführen, sondern auf einen erhöhten Konsum in anderen Gegenden, die von den Versorgungsleitungen vorher bedient werden. Ausserdem verfügte die Regierung, dass kummulierte Bussen in Höhe von $ 60 Mio. zu zahlen seien, die durch das Abkommen vom 31.5.04 bis zum Ende letzten Jahres aufgehoben worden waren, wobei sie im Rahmen einer eindgültigen Neuregelung der Konzession definitiv abgeschafft werden sollten. Mit dieser Verfolgung werden die Anstrengungen des Unternehmens, den Dienst aufrecht zu erhalten und weiter zu investieren, stark erschwert, da das Unternehmen eventuell mit einer kalten Enteignung rechnen muss.

***

Fiat und Peugeot wollen die Fertigung von Kfz-Motoren in Argentinien wieder aufnehmen. Der Plan, der mit dem Herstellerverband von Zulieferteilen Afac und dem Verband der Hersteller und Verteiler von Motorenzubehör Afydrem ausgearbeitet wird, sucht die bis Mitte der 90er Jahre bestehende integrierte Lokalproduktion wieder herzustellen. Fiat erzeugt bereits Motoren, muss allerdings noch den Anteil heimischer Zulieferteile weiter entwickeln, Peugeot arbeitet noch an den Kostenrechnungen. Die Motoren sollen sowohl für den Binnenmarkt, als auch für die Ausfuhr gefertigt werden. 1992/95 lieferte die heimische Industrie 89% bis 97% des Bedarfes an Diesel- und Ottomotoren. 1996/99 ging der Anteil auf 32% bis 44% zurück. Heute beträgt er knapp 10%. Auch für Landmaschinen werden 82% der Dieselmotoren eingeführt, 73% aus Brasilien.

***

Ein Konsortium unter der Federführung von Iecsa, dem Bauunternehmen der Macrigruppe, hat den Zuschlag für eines der Vorhaben für den Yacyretá-Staudamm erhalten. Es ist die Umleitung und ein neues Flussbett für den auf der paraguayischen Seite fliessenden Agapey-Bach für rd. U$S 30 Mio. Der Zuschlag, der gegen die paraguayische CDD gewonnen wurde, erfolgte im Dezember, doch steht der Betrag, U$S 27-34 Mio. noch nicht fest. Fest steht der von der Behörde bestimmte Baubeginn vor dem 30.3.05.

***

Pioneer Natural Resources gab in Texas bekannt, dass sie 05 insgesamt U$S 900-950 Mio. in Erdöl-Erforschungs- und -Erschliessungsarbeiten investieren wird. U$S 237,5 Mio. im Ausland, davon U$S 142,5 Mio. in Argentinien. Die hiesige Filiale, Pioneer Argentina, sieht als Hauptziel die Erhöhung ihrer Erdgasförderung im Neuquénbecken um 8-11%. Nach letzten Angaben des argentinischen Erdölinstitutes IAPG vom Oktober förderte Pioneer, als 12. Produzent und 1,1% Anteil im argentinischen Ranking, 7.719 Barrel/Tag Rohöl und 2,86 Mio. cbm/Tag Erdgas, bei dem Pioneer den 10.Platz mit 2,07% der Gesamtförderung einnahm.

***

04 stiegen die Investitionen im Bergbau gegenüber dem Vorjahr auf das Dreifache. Dem Bergbausekretariat zufolge wurden $ 1,8 Mrd. in rd. 80 Vorhaben investiert. Ein Drittel davon kam von der kanadischen Barrick Gold für ihr Bergwerk in Veladero, Provinz San Juan. Andere be-

Repsol-YPF entdeckt grosse Gasvorkommen

Das Erdölunternehmen Repsol-YPF hat in zwei Gebieten der Provinz Neuquén Erdgas gefunden. Die Anfangsförderung wurde mit 450.000 cbm/Tag angegeben. Beide Vorkommen wurden im Neuquénbecken gefunden, in der Nähe von Loma de la Lata, dem bisher grössten Erdgsvorkommen des Landes.

Eines der Vorkommen, im Rincón del Mangrullo Block, bringt 120.000 cbm/Tag, das andere, im Piedra Chanque Block, 310.000 cbm/Tag. Nach Expertenschätzungen lönnten in jedem der beiden Blöcke rd. 30 Bohrungen durchgeführt werden, was gestatte, eine wahrscheinliche Förderung von rd. 9 Mio. cbm/Tag vorauszusetzen. Repsol-YPF fördert hier insgesamt 67 Mio. cbm/Tag.

KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

deutende Investitionen, vorwiegend aus dem Ausland, erfolgten in den Provinzen Santa Cruz, Catamarca und Jujuy. Wichtig war auch, dass die kanadische Northern Orion in Agua Rica, Provinz Catamarca, mit einer Investition von U$S 600 Mio. den Bau einer der grössten Kupfergewinnungsanlagen des Landes begonnen hat. Die Ausfuhren des Bergbaues stiegen gegenüber 03 um 12% auf U$S 3,86 Mio.

***

Die staatliche Bice Bank (Banco de Inversión y Comercio Exterior) wird den Treuhandfonds für die Fertigstellung des Yacyretákraftwerkes verwalten. Sie hatte das beste Angebot, U$S 9.000 im Monat und U$S 60.000 für die Organisation zu Vertragsbeginn, gemacht.

***

Die EU hat die Einfuhrsperre für argentinisches Rindfleisch aus den Nordprovinzen Chaco, Formosa, Salta und Jujuy aufgehoben. In den letzten Monaten wurden keine Maul- und Klauenseuchefälle aus dem Gebiet gemeldet. Das Einfuhrverbot erfolgte im September 03, als Argentinien die Erkrankung bei Schweinen im Grenzgebiet Tartagal festgestellt und gemeldet hatte.

***

Der Unter-Provinzsekretär für Energie von Neuquén hat sich zu dem Preis im argentinisch-bolivianischen Erdgasabkommen kritisch geäussert. Er ersuchte die Regierung, zu erklären, warum für Gas aus Bolivien dreimal soviel bezahlt wird, wie für Gas aus dem Neuquénbecken.

***

Das Studieninstitut des traditionellen Landwirtschaftsverbandes „Sociedad Rural Argentina“ ist zum Schluss gekommen, dass die Gesamternte von Getreide und Ölsaat 04/5 80 Mio. t betragen werde, gegen nur 69 Mio. t 03/4. Indessen würde der Gesamtwert dieser Ernte mit $ 26 Mrd. um $ 5,2 Mrd. unter dem des Vorjahres liegen. Der Weizenpreis ist um 37% zurückgegangen, der von Sojabohnen um 30% und der vom Mais um 29%. Dennoch werden die Landwirte ihre Investitionen um 8% steigern.

***

Durch Beschluss 1814 der AFIP (Amtsblatt vom 13.01.05) wurde das „Fiskalzertifikat für Lieferungen an und Verträge mit dem Staat („Certificado fiscal para contratar“) geschaffen, das diejenigen fordern und vorlegen müssen, die sich an Ausschreibungen oder anderen Ausleseverfahren des Staates beteiligen. Um das Zertifkat zu erhalten muss die Lage gegenüber der AFIP geregelt sein. Ausgenommen sind Fälle, bei denen es sich um Beträge unter $ 50.000 handelt und auch die Organe des Absatzes a des Artikels 8 des Gesetzes 24.156. Das Zertifikat verfolgt den Zweck einer indirekten Steuer-kontrolle.

***

Die Behörde für die Neuaushandlung der Dienstleistungskonzessionen Uniren (Unidad de Renegociación y Análisis de los Contratos de Servicios Públicos), hat Aguas Argentinas, dem Wasserver- und -entsorger von Gross Buenos Aires, ein Gegenangebot gemacht: eine einmalige Tariferhöhung um 16-20% gegen Investitionen von $ 240 Mio. im Jahr. Das Unternehmen hatte 60% Tariferhöhung 05 und weitere 8% 06 gefordert. Es wird erwartet, dass die Frage anlässlich des Präsidententreffens von Kirchner und Chirac in Paris behandelt wird.

***

Den Versicherungsgesellschaften wurden Erleichterungen wegen der Auswirkungen der Umschuldung auf ihre Finanzen zugestanden. In dem Ausmass, in dem die Notierungen der neuen Bonds unter den heutigen Buchwert fallen, können sie diesen Verlust in 8 Quartalen abschreiben, oder in der Laufzeit des Bonds, vorausgesetzt dass diese nicht länger als die Durchschnittsfälligkeiten der Gesellschaft ist.

***

Italiens Wirtschaftsminister Siniscalco hat das argentinische Umschuldungsangebot als sehr geizig und sehr armselig bezeichnet. Die Regierung Kirchner habe bei den Verhandlungen nicht in gutem Glauben gehandelt. Vor der Finanzkommission des italienischen Parlamentes, vor der er ausschliesslich über die Umschuldung sprach, sagte er schwer vorauszusagenden Konsequenzen voraus, falls das Angebot nicht von einer genügenden Anzahl von Gläubigern angenommen wird. Argentinien Regierung müsste dann ein neues Angebot machen.

***

Ab Februar will die Regierung ihre Kampfansage gegen die Schwarzarbeit umsetzen. Der CGT Gewerkschaftsbund und der UIA Industrieverband würden mitarbeiten. Der Regierungsplan dafür ist unter dem Namen Plan Nacional de Regularización del Empleo seit einem Jahr in Kraft, doch ab dem kommenden Monat soll der amtlich angegebene Anteil von 48,5% Schwarzarbeitern verringert werden.

***

Der New Yorker Rechtsanwalt R. Stone, der u.a. den Deutschen Urban und Inhaber defaultierter Global 2017 und 2009 Bonds vertritt, sprach sich gegen die Annahme des Umschuldungsangebotes aus. Er empfahl, die alten Bonds zu behalten, um 100% ihres Wertes auf dem Rechtsweg wieder-zugewinnen.

***

Die spanische Wertschriftenkommission CNMV hat die Gültigkeit des argentinischen Umschuldungsangebotes bestätigt. Spanien ist somit nach den USA, Deutschland, Luxemburg und Italien, der 5. Staat, der zustimmt. Die Inhaberzahl argentinischer Staatsbonds in Spanien wird als gering angenommen.

***

Das Globale Gläubigerkomitee argentinischer Bonds (GCAB) und italienische Verbraucherschutzorganisationen haben den argentinischen Umschuldungsvorschlag zurückgewiesen und eine Kampagne gegen ihn begonnen. Sein Vorsitzender, Hans Humes, erklärte, das Angebot sei nicht das Ergebnis von Verhandlungen in gutem Glauben. Die Zahlungsfähigkeit Argentiniens habe in den letzten 3 Jahren wesentlich zugenommen, was in dem Angebot nicht zum Ausdruck komme.

***

EDEA (Empresa Distribuidora de Energía Atlántica) hat mit $ 6 Mio. Investition im Baderessort Las Toninas eine neue 132 kW Trafostation in Betrieb genommen. Sie soll dem erhöhten Stromverbrauch der Badeorte Las Toninas, San Clemente del Tuyú, Santa Teresita, Costa del Este, San Bernardo und Mar del Ajó dienen.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Beginn der letzten Etappe der Umschuldung

Am Mittwoch leitete Wirtschaftsminister Roberto Lavagna die am Freitag, den 14. Januar, beginnende Umtauschaktion der Staatstitel ein, die sich seit Anfang 2002 im Defaultzustand befinden. Am vorangehenden Sonntag waren die genauen Bedingungen noch einmal in grossen Anzeigen den wichtigsten Zeitungen („La Nación“ und „Clarín“) veröffentlicht worden, aber auch in „Página/12“, dem Sprachrohr von Montoneros und deren Gesinnungsgenossen, mit einer niedrigen Auflage, das jetzt von der Regierung mit Anzeigen bevorzugt und auf diese Weise finanziell unterstützt wird. Hingegen erschienen die Anzeigen nur gekürzt in den Wirtschaftszeitungen „El Cronista“, „Ambito Financiero“ und „Infobae“. Ein Skandal! „Ambito Financiero“ hat dann den vollen Text der Anzeige gratis veröffentlicht, als Dienst am Kunden, und gleichzeitig in einem Leitartikel des Herausgebers, Julio Ramos, erbarmungslose Kritik an der Regierung geübt.

Die ab Anfang 2002 bis Ende 2003 angelaufenen Zinsen wurden erneut nicht erwähnt, sind also unter den Tisch gefallen. Als die Kürzung von 75% zum ersten Mal in Dubai anlässlich der Jahreskonferenz des IWF durch Staatssekretär Guillermo Nielsen bekantgegeben wurde, wurden diese Zinsen einfach gestrichen. Einige Monate später kündigte Lavagna an, dass dieser Betrag, der um die U$S 20 Mrd. ausmacht, ohne Kürzung in den gleichen neuen Bonds wie das Kapital ausgezahlt werde, was das Angebot wesentlich verbesserte, da dann die 75% auf das Kapital auf etwa 60% auf den Gesamtbetrag sanken, der von U$S 84 auf U$S 104 Mrd. stieg. Seit einigen Monaten hat jedoch Lavagna die Zinsen wieder bei Seite gelassen, ohne ein Sterbenswörtchen darüber zu äussern. Dies wurde jetzt in den Bedingungen bestätigt, die am Sonntag bekanntgegeben wurden und als endgültig gelten.

Lavagna erklärte jetzt, 43% der gesamten Schulden des Nationalstaates werden normal bedient. Angenommen nur 50% der Defaultschuld werde umgeschuldet, dann würden etwa zwei Drittel der Schuld normal sein, womit dann die „peinliche“ Defaultetappe als überholt angesehen werden könne. Wie weit dies stimmt, sei dahingestellt; denn bei einer Annahme von 50% des Betrages, gehen die Prozesse gegen den argentinischen Staat mit zunehmener Wucht weiter, wobei die zuständigen Richter in den USA, der EU und Japan dazu neigen könnten, weiteren Massnahmen stattzugeben, mit denen gegen den argentinischen Staat vorgegangen wird. Der Staat hat zwar kein Vermögen im Ausland, ausser den Botschaften, die unter diplomatischem Schutz stehen. Aber die Frage der Filialen

der Banco Nación steht noch offen. Und schliesslich kann dann noch weiter vorgegangen werden, indem Überweisungen der argentinischen Regierung ins Ausland und Auszahlungen von Krediten der Weltbank, der interamerikanischen Entwicklungsbank u.a. eventuell beschlagnahmt werden.

Dann wird wohl zunehmend versucht werden, gegen die Banken vorzugehen, die die argentinischen Staatspapiere untergebracht haben, wobei ein italienischer Richter Klägern in diesem Sinn schon recht gegeben hat. Rein formell tragen die Banken keine Verantwortung, da sie in diesem Fall nur eine Ware verkauft haben, nämlich die argentinischen Bonds, für deren Güte sie keinerlei Verantwortung übernehmen, es sei denn, die Titel sind gefälscht, was hier nicht der Fall ist. Indessen neigen manche Richter dazu, eine Empfehlung der Bank, oder auch das Fehlen einer Warnung, als eine gewisse Verantwortung zu betrachten. Das ist an den Haaren herbeigezogen, da jedermann weiss, dass Papiere, die im Vergleich zu anderen viel höher verzinst werden, ein entsprechend höheres Risiko beinhalten.

Auf alle Fälle werden die Banken dabei sehr schlecht über Argentinien zu sprechen sein und eine ablehnende Haltung bei Geschäften einnehmen, die irgend etwas mit Argentinien zu tun haben. Abgesehen davon, ob diese Bemühungen betrogener Gläubiger Erfolg haben oder nicht, wirken sich diese Prozesse negativ auf das Ansehen Argentiniens aus und stören Investitionen, Kredite und Geschäfte im allgemeinen.

Der Wirtschaftsminister pflegt vorsichtig zu sein und bei seinen Voraussagen absichtlich zu kurz zu treten. Das macht er, wenn er sich auf die Preisentwicklung und die Zunahme des BIP bezieht. Danach stellt er die besseren Zahlen als einen Erfolg dar. Bei der Umschuldung muss davon ausgegangen werden, dass die lokalen Rentenkassen (AFJP) die neuen Bonds in Pesos zeichnen werden, die sie zum Kurs von $ 1,40 je Dollar, plus CER-Indexierung und Zinsen erhalten, was angeblich etwa $ 2,15 je Dollar ergibt. Das bedeutet, dass die zukünftigen Rentner auf alle Fälle mehr erhalten, als sie durch die Inflationswirkung verlieren, nämlich auf Pesos 115% mehr, bei einer Zunahme der Konsumentenpreise von etwa 55%. Sie würden somit weiterhin Pensionen erhalten, die normalerwiese über doppelt so hoch liegen, wie diejenigen, die unter gleichen Bedingungen beim staatlichen Rentensystem gezahlt werden. Das erlaubt ein erfolgreiches Weiterbestehen des privaten Rentensystems. Allerdings verlieren die zukünftigen Rentner in Dollar zunächst 30,1%. Wenn sich der Peso jedoch gelegentlich real aufwertet, wie es schliesslich unumgänglich sein dürfte, dann sinkt der Abschlag, weil die Titel mit dem CER, also gemäss Index der Konsumentenpreise, berichtigt werden, wobei dieser Index prozentuall mehr als der Wechselkurs steigen dürfte.

Der Anteil der Rentenkassen an den defaultierten Titeln macht etwa 35% aus. Dann dürften sich jedoch Investmentfonds u.a. institutionelle Anleger auch für den Umtausch entscheiden, weil sie lieber einen Verlust in Kauf nehmen und dann geordnete Verhältnisse haben, als einen Prozess weiterzuführen. Das ergäbe etwa 60% der Gesamtsumme. Schliesslich kommen noch die Einzelsparer hinzu, deren Vertreter sich energisch gegen die Annahme dieses Vorschlages eingesetzt haben. Da die Entscheidung jedoch von den einzelnen Bondsinhaber abhängt, ist anzunehmen, dass ein grosser Teil sich schliesslich für die Umschuldung entschliesst. Denn die Alternative besteht in einem langwierigen und kospieligen Prozess mit ungewissem Ausgang.

Es ist somit wahrscheinlich, dass der Koeffizient der Annahme über 70% und sogar über 80% liegt, womit die verbleibenden Sparer eine viel schwächere Stellung hätten, da die Richter dann weniger geneigt wären, ihren Forderungen statt zu geben. Das Ergebnis dieser Umtauschoperation soll am 18. März bekanntgegeben werden. Wenn es gut ausgeht, ist es wohl möglich, dass dann noch eine Zusatzfrist festgesetzt wird, um die verbleibenden Sparer anzulocken, womit fast alle gezeichnet hätten und der Fall befriedigend erledigt wäre

Lavagna hat keine befriedigende Erklärung für den Umstand gegeben, dass er die Umschuldung so lange hinausgeschoben hat. Offensichtlich hat er mit der Ermüdung der Sparer gerechnet. In anderen Fällen von Default, wurde der Fall in 6 bis 18 Monaten geregelt; in Argentinien werden es schliesslich fast 40 Monate sein. Das wäre ein unrühmlicher Rekord, der sich zum anderen gesellt, dass dieser Default der grösste der ganzen Weltgeschichte ist. Die lange Dauer des Umschuldungsverfahrens und die schlechte Behandlung der Gläubiger, mit denen nie an einem Tisch verhandelt wurde, und die ausserdem noch als Wucherer und so ähnlich beschimpft wurden, hinterlässst einen üblen Beigeschmack, der wohl noch lange nachwirken wird.

Es wäre bestimmt für Argentinien viel besser gewesen, die Umschuldung hätte schon im Jahr 2002 erfolgt, was ohne Schwierigkeiten möglich gewesen wäre. Dann wären schon zwei Jahre verstrichen, und Argentinien befände sich auf dem Weg zur Rückkehr in die Normalität, so dass eventuell die Garantien für Exportkredite für Kapitalgüter wieder hergestellt worden wären. Auch sonst hätte dies Geschäfte verschiedener Art ermöglicht. Selbst wenn die Bedingungen für die Gläubiger günstiger gewesen wären, wird das durch die Vorteile, die dabei entstanden wären, mehr als ausgeglichen. Ausserdem hätten die Gläubiger im Tiefpunkt der Rezession, also Mitte 2002, mehr Verständnis für Argentinien gehabt als jetzt, da das BIP schon praktisch den Höhepunkt vom 2. Quartal 1998 erreicht hat, die Arbeitslosigkeit stark gesunken ist, der Staat hohe Fiskalüberschüsse aufweist und die ZB-Reserven stark zugenommen haben.

Der Wirtschaftsminister weist stets darauf hin, dass das Angebot an die Gläubiger den Vorteil hat, dass die neuen Bonds strikt bedient werden. Er spricht stets von „Haltbarkeit“ („sustentabilidad“) und weist darauf hin, dass in früheren Epochen der argentinische Staat stets allerlei versprochen habe, das nachher nicht erfüllt worden sei, weil es von vorne herein nicht erfüllbar war. Darüber lässt sich gewiss streiten; denn die Staatsschuld war bis Ende 2001 mit knapp über 50% des BIP im internationalen Vergleich durchaus normal. Nur hat sich Präsident De la Rúa in jenem Schicksalsjahr 2001 eben geirrt, als er seinen kurzlebigen Wirtschaftsminister Ricardo Lopez Murphy entliess, der genau begriffen hatte, dass sich Argentinien kein Defizit mehr leisten konnte, und statt dessen Domingo Cavallo ernannte, der das Defizit vergrösserte und klare Zeichen über eine zukünftige Abwertung gab, die von den lokalen Sparern auch weitgehend richtig verstanden und mit einer Depositenabhebung von etwa 20 Mrd. Pesos oder Dollar quittiert wurde. Die Konvertibilität ist nicht zusammengebrochen, weil sie an sich unhaltbar war, wie es die Kirchner-Regierung behauptet, sondern weil sie durch eine ganz konkrete Wirtschaftspolitik zerstört wurde, die paradoxerweise von ihrem Erfinder, dem gleichen Cavallo, durchgeführt wurde.

Damit Argentinien die neu geordnete Staatsschuld in Zukunft effektiv bedienen kann, muss ein ständiger Überschuss bei den Saatsfinanzen bestehen, und zwar nicht nur ein primärer Überschuss, also ohne Berechnung der Zinsen, sondern darüber hinaus. Ob dies gelingt, sei vorerst dahingestellt. Denn der Überschuss der letzten Jahre ist weitgehend durch die Krise und ausserordentliche Umstände bedingt. Von einer Staatsreform, die die Struktur des Staates verkleinert, und von einer Erfassung der phänomenalen Steuerhinterziehung sind wir noch weit entfernt. Somit kommt das traditionelle Budgetdefizit in Zukunft wieder auf. Allerdings steht die Regierung, diese und die folgenden, insofern unter Zugzwang, als sich Argentinien auf längere Zeit nicht zusätzlich verschulden kann, wobei der Staat grosse Mühe haben wird, neue Titel auszugeben, um einen Teil derjenigen, die verfallen, zu ersetzen. Eine Finanzierung über Geldemission durch die Zentralbank käme wohl kaum in Frage, da dies in Argentinien ziemlich bald zur Hyperinflation führen würde.

Die Schuld des Nationalstaates wird auch nach der Umschuldung, und bei Aberkennung der Bonds, die nicht umgeschuldet worden sind, um die 80% des BIP liegen. Allerdings tragen die neuen Titel viel niedrigere Zinsen als die alten, so dass die Zinslast viel geringer ist, als bei der früheren Staatsschuld, auch wenn jene im Verhältnis zum BIP viel geringer war. Dabei spielt auch der Umstand eine Rolle, dass das BIP in Dollar jetzt wegen der Unterbewertung des Peso stark zusammengeschrumpft ist, womit die Staatsschuld, die in Dollar ausgedrückt ist, in Prozenten zum BIP zunimmt.

Wenn der Erfolg der Umschuldung insofern ausbleibt, als keine entsprechende Verringerung der Staatsschuld stattgefunden hat, so ist dies darauf zurückzuführen, dass der Staat sich ab Megaabwertung von Anfang 2002 infolge der asymmetrischen Pesifizierung wieder stark verschuldet hat, indem er den Banken mit Bonds für die Differenz von eins zu eins bei Krediten und eins zu 1,40 bei Depositen gezahlt hat. Im Grunde wurde eben ein grosser Teil des Betrages, um den die Sparer geprellt wurden, die

Argentinien vertraut haben, lokalen Unternehmern und Personen übertragen, die in unverantwortlicher Weise Dollarkredite aufgenommen hatten.

Um die Gefahr eines neuen Defaults in absehbarer Zeit abzuwenden, müsste versucht werden, die Staatschuld zu verringern. Zu diesem Zweck sollte der Überschuss des Staatsshaushaltes dafür eingesetzt werden, Bonds auf dem Kapitalmarkt zu kaufen. Es ist anzunehmen, dass die neuen Titel zunächst unter 30% ihres Nennwertes gehandelt werden, so dass dann mit U$S 100 die Schuld um über U$S 300 verringert wird. Auf diese Weise kann eine effektive Abnahme ziemlich schnell erreicht werden. Wobei ausserdem noch berücksichtigt werden muss, dass die Unterbewertung des Peso voraussichtlich abnehmen wird, womit das BIP in Dollar stark zunimmt und das Verhältnis der Staatsschuld zum BIP wesentlich geringer wird.

Kritische Stromversorgung

Der Konsum von elektrischem Strom nimmt jeweils im Sommer wegen des Einsatzes der Klimaanlagen stark zu. Vor einem halben Jahrhundert war es noch so, dass der Stromkonsum im Sommer abnahm, u.a. weil viele Fabriken wegen der Ferien schlossen, und hingegen im Winter wegen der elektrischen Heizung stark stieg. Es ist daher normal, wenn bei Spitzenkonsum, wenn es in der Bundeshauptstadt und Umgebung besonders heiss ist, Probleme auftreten. Dennoch konnte die Spitze von 15.129 MW, die in der Vorwoche erreicht wurde, befriedigt werden, die über den bisherigen Rekordzahlen von 14.902 MW vom 2.12.04 und 13.774 MW vom 31.1.04 lagen. Es gab nur vereinzelte Unterbrechungen der Stromlieferungen, die nicht auf ungenügende Erzeugung, sondern auf die Überlastung von Teilen des Verteilungsystems zurückzuführen waren.

Die gesamte landesweite Erzeugungskapazität liegt bei 22.979 MW, wobei effektiv 17.000 MW eingesetzt werden können, so dass das Stromsystem auch in Spitzenmomenten 11% unter der Kapazitätsgrenze beansprucht. Dennoch bestehen laut CAMMESA, das Staatsunternehmen, das sich mit der landesweiten Betreibung der Stromverteilung auf Grossistenebene befasst, kritische Gebiete, nämlich das Innere der Provinz Buenos Aires, der Nordwesten und Nordosten und die Cuyo-Gegend (Mendoza und San Juan)

Die Stiftung für die Enwicklung der Stromwirtschaft Fundelec weist darauf hin, dass das Land jedes Jahr zusätzlich 800 MW einrichten muss, um den um 7% jährlich steigenden Stromkonsum zu befriedigen. Das letzte Kraftwerk, das in Betrieb genommen wurde, war das von San Nicolás im Oktober 2000. 2005 und 2006 wird es keine Erweiterung der Stromerzeugungsanlagen geben. Erst 2007 würde eventuell ein Kraftwerk von 800 MW in Betieb genommen werden, das u.a. durch die Beiträge der Stromgesellschaften finanziert werden soll, wobei das Projekt jedoch fragwürdig erscheint. 2008 käme die Erweiterung der Kapazität von Yacyretá und eventuell auch die Inbetriebnahme von Atucha II, womit das Problem dann für einige Jahre gelöst wäre.

Dieses Jahr sollte es allgemein keine Probleme mit der Stromerzeugung geben, sofern es in Südbrasilien genügend regnet, so dass sich der Staudamm von Salto Grande, am Uruguay, füllt und das Kraftwerk wieder normal Strom erzeugen kann, das gegenwärtig mit knapp über 10% der Kapazität tätig ist. Wenn dies nicht eintritt, dürfte es Probleme geben, sofern die Wirtschaft weiter wächst. Auf alle Fälle ist das ganze System so stark beansprucht, dass sich jede Panne bei einem Kraftwerk oder einer Ferntransportverbindung sofort in Form einer Versorgungskrise auswirkt, da die Reserven der Vorjahre nicht mehr bestehen, die aus den hohen Investitionen der Menem-Regierung stammten, die durch die Privatisierungen herbeigeführt wurden.

Bei Hitzewellen können im Raum der Stadt Buenos Aires und Umgebung jederzeit wieder Pannen eintreten. Als das Verteilungsnetz des Staatsunternehmens Segba 1992 an die privaten Firmen Edenor, Edesur und Edelap übertragen wurde, befand es sich in einem jämmerlichen Zustand. Segba führte nur Notreparaturen durch, so dass sich die gleiche Panne kurzfristig wiederholte. Unter privater Regie änderte sich dies sofort, einmal wegen des entschieden besseren Managements, und dann, weil eine wirksame Methodologie bei der Erneuerung des Verteilungsnetzes angewendet wurde. Die Unternehmen konnten selbstverständlich nicht das ganze Netz erneuern; so führten sie eine schrittweise Erneuerung durch, beginnend mit den kritischen Sektoren. Jedes Mal wenn eine Panne gemeldet wurde, erschien ein Ingenieur, der den Fall studierte und zunächst eine Notlösung bereitstellte, indem Strom aus einer anderen Verteilungsstation durch ein Notkabel bereitgestellt wurde. Dann wurden defekte oder überbelastete Kabel und auch Verteilungsanlagen ersetzt. Auf diese Weise konnte die Zahl und Dauer der Stromausfälle drastisch verringert werden. Gleichzeitig wurde das Netz erweitert, vornehmlich um Randbezirke von Gross Buenos Aires zu beliefern. All dies funktionierte hevorragend, wobei es nur eine grosse Panne gab, bei der vor einigen Jahren 150.000 Einwohner der Bundeshaupstadt für mehrere Tage keinen Strom hatten. Das war jedoch auf einen Fehler des Unternehmens zurückzuführen, das eine neue Verteilungsstation eingerichtet hatte. Es war eines der weltweit grössten und angesehendsten Unternehmen der Branche; aber menschliches Versagen gibt es immer, auch bei erstklassigen Fachleuten.

Nach der Megaabwertung vom Januar 2002 wurden die Stromtarife eins zu eins pesifiziert und eingefroren, so dass die Unternehmen sich bemühen mussten, ihre Kosten zu senken, um sie überhaupt decken zu können. Die Erneuerung des Netzes wurde dadurch gebremst. Gleichzeitig steigt der Konsum im Einklang mit der Zunahme des BIP, wobei dem Netz immer mehr Geräte angeschlossen werden, die Strom verbrauchen, wobei besonders die Klimaanlagen eine Rolle spielen. Somit kann man damit rechnen, dass es zu neuen Überlastungen an kritischen Punkten des Netzes kommt.

Das Problem besteht im Grunde, weil die Regierung sich seit drei Jahren nicht darum kümmert, eine Rahmenordnung für die Stromwirtschaft einzuführen, die es den Verteilern erlaubt, das Netz wie in den vorangehenden 10 Jahren ständig zu erneuern. Statt dessen verhängt diese unternehmerfeindliche Regierung Bussen, wie wenn die Unternehmen an den hohen Temperaturen und der überhöhten Nachfrage schuldig wären. Den Stromverteilungsunternehmen wurden Bussen von $ 13 Mio. auferlegt. Edenor wurde mit einer Busse von $ 400.000 bestraft, Edesur mit $ 460.000 und Edelap mit $ 140.000, alles wegen der Stromunterbrechungen am 4., 5. und 6. Januar. Aber ausserdem wurden Edesur mit $ 6,6 Mio. und Edenor mit $ 5,4 Mio. bestraft, weil sie die Investitionen, die zwecks Befriedigung der erhöhten Nachfrage notwendig waren, nicht ganz durchgeführt hätten. Schliesslich kommt noch eine Beschlagnahme in Höhe von $ 98 Mio. hinzu, wegen Bussen, über die Prozesse laufen.

Diese Einstellung der Regierung grenzt an Wahnsinn: denn Unterbrechungen bei Spitzennachfrage sind unvermeidlich, und was die Investitionen betrifft, wurden die Bedingungen, unter denen sich die Unternehmen zu diesen verpflichtet hatten, von der Regierung einseitig geändert, so dass die Investitionsmöglichkeiten wegen ungenügender finanzieller Mittel drastisch eingeschränkt werden mussten. Es gab und gibt gar keine andere Möglichkeit.

Diese Verfolgung der Privatunternehmen zwingt diese jetzt, sich vorwiegend um ihre Verteidigung zu kümmern, was mit Gerichts- und Anwaltskosten verbunden ist und die Aufmerksamkeit der Manager von den eigentlichen Unternehmensproblemen ablenkt. Aber ausserdem stellt sich dabei die Frage, ob die Regierung schliesslich diese Unternehmen nicht doch kalt enteignen will, wie es der ursprünglichen Montonero-Ideologie des Präsidenten und seiner vertraulichen Berater Zannini, Verbitsky und Bonasso entspricht, die in den 70er Jahren dieser Terroristenorganisation angehörten und aktiv tätig waren. Unter diesen Umständen werden die Unternehmen lahmgelegt und können das Problem der ungenügenden Wartung und fehlender Investitionen noch weniger lösen, womit in Zukunft immer mehr Probleme auftauchen werden und der Konflikt sich verschärfen wird. Da das Problem gleichzeitig politisch hochgespielt wird, und die Unternehmen als Bösewichte hingestellt werden, was von einem leichtgläubigen Volk kritiklos hingenommen wird, nimmt die Gefahr zu, dass dies schliesslich zu einer Rückverstaatlichung führt, auch wenn Planungsminister De Vido beteuert, dass dies nicht beabsichtigt sei. Der Weg zur Hölle ist stets mit guten Absichten gepflastert.

Die Lösung muss von den zuständigen Regierungsbeamten mit den Unternehmen abgesprochen werden, da diese das Problem viel besser kennen als die Beamten. Wenn die Unternehmen jedoch als Feinde betrachtet werden, statt als Partner, gibt es keine Lösungsmöglichkeit. Die Regierenden sind weit davon entfernt, zu verstehen, dass künstlich niedrige Strompreise notgedrungen zu einem mangelhaften Dienst und zu ungenügendem Angebot führen. Und sie haben ausserdem keine Ahnung, wie sie das Problem in Angriff nehmen sollen, um eine effektive Lösung herbeizuführen.